den 19. Januar cr.,
ends 8 Uhr,
„Deutschen Haus"
dersabend
von
na Werthen,
(Alt).
Mühlenbach,
(Ten.) [391
us Breslau.
1,50 und 1,00 Mk. sind
igarrenhdlg. des Herrn
an. am Ring zu haben
Schleien, Zander
grüne Heringe 405
he Sendung empfiehlt
ose, Bahnstraße 5.
skenball.
asken. dito. Masken-
bonbonnière, Cotillon-
oßer Auswahl billigst
Schlesinger. Gab bestellt
fee's
ebrannt,
on 80 Pfg. bis 1,80 M.
de Mischungen.
Cacaopulver,
chines. Thee's,
wie sämmtliche
ntalwaaren
nigsten Preisen
empfiehlt
Kudla,
om Concerthause.
enfalls empfehle
egnitzer Sauerkraut.
scheleinen,
asquille für Händler, en
Laue, Halle a/S.,
nigerstraße 47. [397
Bund's
chem. Reinigungsanstalt
als Specialität meine
von Herren- u. Damen-
jeder Art, sowie Ty-
ieren, Decoration ꝛc.
äft Klodnitz 18 Annahme-
lmitz. 41, Ratiborerstr 19.
näher
Oats
Ärztlich
empfohlen. Nur
in Packeten.
käuflich. Ver-
die Recepte au
n Packeten.
berer Hafer
billigst bei (708
sen, Ratiborerstr 2
n Waschen und Glan
sowie Gardinen zum
Spannen, [3
n angenommen bei
Gierth, Preiswiderst
der Dowerg'schen Villa.
ne Wohnungen
4 Zimmer und Küch
elaß im 1. und 2. Stock
en nebst Bäckerei sof
1 April zu beziehen. [8
, Neubau Niederwallstr.
und Wohnung
ax Jhnsen Ratiborerstr.
ziehen.
C. F. Neumann
ung von 3 Stub., Küche
w. 1 gr. Werkst. m. Wohn.
J. Galinski, Schroeterstr. 19
straße 30, 2. Etg., 6 Zi
, ev. auch Pferdestall,
d. Haushälter bas. (4
Küche, Entree, und reic
zu verm. Wernickestr.
die sich auch zu ein
sse, Werkstätte eigne
pachten (25
Blumenthal, Nikolaistr
5 ist ein möbl. Zimm
beziehen. [3

Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Abonnementspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 30 Pfg., die Kaufmannstheilung durch 1/4 Grundzeile mit 40 Pfg. berechnet. Belags- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg. abgegeben.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 10. Fernsprechruf Gleiwitz, Wanderer. Gleiwitz, Freitag, den 14. Januar 1898. Fernsprechanschluß Nr. 416 des oberschl. Industriebezirks. 71. Jahrgang

Bestellen Sie sich

den Oberschlesischen Wanderer mit achtseitigem illustrirten Sonntagsblatte durch Austräger frei ins Haus für monatlich 60 Pfg.

Tages- und Geschichtskalender.

S.-A. 7.42 U. S.-U. 4.48 U. **14. Januar.** M.-A. 9.50 U. M.-U. 11.56 U.

1797 (14. u. 15.) Sieg über die Oesterreicher bei Rivoli.
1871 Die Lager von Conlie und Beaumont werden von den Deutschen genommen.
1890 Karl Gerok, Dichter, gest.

Ein Gouverneur für Kreta.

Es ist noch nicht gelungen, einen Gouverneur für die Insel Kreta zu finden und einzusetzen. Die von Frankreich begünstigte Kandidatur des Schweizers Droz scheiterte an dem Widerspruche anderer Mächte, die sich auf seine früher bethätigte türkenfeindliche Haltung beriefen. Dann kam die Kandidatur des Obersten Stäffer, eines Luxemburgers, der in seiner Person die Voraussetzungen vereinigte, deren Erfüllung wünschenswerth erschien, nämlich militärische Erfahrung und Herkunft aus einem neutralen Staate. Hinderlich war aber dieser Kandidaten seine frühere Thätigkeit in Egypten unter englischer Herrschaft. Rußland lehnte ihn ab. Darnach kam die Kandidatur von Petrowitsch, eines Vetters des Fürsten von Montenegro, aufs Tapet. Sie war schon der Verwirklichung nahe, als der Fürst von Montenegro erklärte, auf die weiteren Dienste seines Vetters nicht verzichten zu wollen.

Jetzt nun ist der Gedanke aufgetaucht, dem Prinzen Georg von Griechenland die Stelle des Gouverneurs von Kreta anzuvertrauen, und zwar soll diese Kandidatur von russischer Seite begünstigt werden. In der Presse hat dieser Vorschlag wenig Beifall gefunden, und es ist bemerkenswerth, daß insbesondere Pariser Blätter alle Gründe geltend machen, die dagegen sprechen. Voran steht die Frage: Warum sind die Großmächte der Annexion der Insel durch Griechenland entgegengetreten, wozu hat es eines blutigen Krieges zur Bändigung des griechischen Uebermuthes bedurft, wenn hinterher das geschlagene Griechenland doch seinen Willen in Gestalt der Einsetzung eines griechischen Prinzen zum Herrscher über Kreta soll durchsetzen dürfen?

Ein Hauptbestimmungsgrund für die Stellung der Mächte gegen die griechischen Annexionsgelüste lag in der dringenden Gefahr, daß dann ohne Zweifel am Balkan Feuer ausbrechen und andere unruhige Elemente sich beeilen würden, aus dem türkischen Fleische für sich Riemen zu schneiden. Diese Gefahr würde sich erneuern, wenn selbst dem gezüchtigten Griechenland nur solche Erfolge wie der gegen die Türkei beschieden wären, daß der Kommandeur der griechischen Torpedoflottille, die den Aufstand auf Kreta unterstützte, zum Gouverneur der Insel ernannt würde. Nebenbei wäre das auch für die christlichen Insurgenten auf Kreta eine solche Ermunterung, daß der Schutz der dortigen muhamedanischen Bevölkerung, den die Großmächte bisher für nothwendig erachtet haben, sehr erschwert wäre.

Diese Einwände gegen einen Vorschlag, der bestimmte Familien-Interessen mehr berücksichtigt als das europäische Interesse, sind gewiß begründet. Indessen ist die Kandidatur des Prinzen Georg noch nicht vor die Botschafter-Konferenz in Konstantinopel gekommen, und es fragt sich, ob es noch geschehen wird. Daß der Sultan ihr nicht zustimmen würde, wäre im voraus gewiß. Es wird also wahrscheinlich auch künftig noch heißen: Ein Gouverneur für Kreta wird gesucht!

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Januar 1898.

— Dem Vernehmen nach, sprach der Kaiser dem kommandirenden Admiral von Knorr mittelst Kabinetsordre seine vollste Zufriedenheit aus über die Ausführung der Besitzergreifung von Kiautschou durch ein Kommando von Mannschaften des Kreuzergeschwaders.

— Die „Kreuzztg." schreibt: Prinz Heinrich dürfte auch äußerliche Zeichen bekunden, daß nicht kriegerische Zwecke ihn in erster Linie an die Küste Chinas führen, daß seine Sendung vielmehr der Erhaltung und Festigung des Friedens gilt. Es ist anzunehmen, daß Prinz Heinrich Gelegenheit findet, in Peking selbst den Kaiser von China die Versicherung zu überbringen, daß die deutsche Regierung stets bestrebt sein wird, die Bande der Freundschaft China zu erhalten und zu festigen. So würde die Sendung des Prinzen neben dem nothwendigen kriegerischen Gepränge, vornehmlich als Mission des Frieden zu betrachten sein.

— Zur Statistik der Eisenbahnunfälle. Nach der im Reichseisenbahnamte aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen ausschließlich Bayerns im Monate November vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen: Entgleisungen, Zusammenstöße und sonstige Betriebsunfälle zusammen 262. Bei den Unfällen wurden Reisenden getödtet 8, verletzt 67, Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst getödtet 59, verletzt 85. Post-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamte im Dienst getödtet 2, verletzt 3. Fernere Personen, ausschließlich Selbstmörder, getödtet 20, verletzt 25, zusammen getödtet 89, verletzt 120.

— Volksvermehrung und Wehrkraft in Deutschland ergiebt sich aus einer Untersuchung des Verhältnisses der jährlich eingestellten Mannschaften zur Bevölkerungszahl folgendes: Auf 10 000 Einwohner werden jährlich eingestellt in Ostpreußen rund 67 Mann, in Posen 60 Mann, in Westpreußen 60 Mann, in Pommern 58 Mann, Mecklenburg 56 Mann, Baden 52 Mann, Schleswig-Holstein, Bayern und Württemberg je 56 Mann, Hessen und Schlesien je 48 Mann im Reichsland 48 Mann, Provinz Sachsen 47 Mann, Rheinland 46 Mann, Westfalen und Hannover je 45 Mann, Berlin-Brandenburg 40 Mann und Königreich Sachsen 36 Mann.

— Maßnahmen zur Erhaltung des kaufmännischen Mittelstandes. Der Centralverband deutscher Kaufleute hat an die zuständigen Reichsämter Eingaben gerichtet, in denen er eine Ergänzung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb insbesondere in der Richtung anstrebt, daß der Begriff „Fabrik" gesetzlich festgelegt und die Geschäftsinhaber für Handlungen ihrer Angestellten, die gegen dieses Gesetz verstoßen, dann verantwortlich gemacht werden, wenn sie nicht entsprechende Vorkehrungen zur Verhütung solcher Handlungen getroffen haben. — In einer weiteren Eingabe wird die gesetzliche Regelung des Ausverkaufswesens beantragt. — An sämmtliche Regierungen und Reichstagsabgeordnete hat der Verband eine umfangreiche Eingabe gerichtet, in welcher die hauptsächlichsten Wünsche des Verbandes zur Hebung des Mittelstandes dargelegt werden.

— Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen. Wie der „Vorwärts" mittheilt, hat die sozialdemokratische Partei bis jetzt in 217 von den 397 Reichstagswahlkreisen die Kandidaten nominirt. Die Sozialdemokratie steht bezüglich ihrer Tüchtigkeit wieder in der ersten Reihe; denn angeblich ist für den Rest der Wahlkreise bis auf wenige Ausnahmen die Kandidatenfrage auch bereits derart geregelt, daß die Proklamation der Kandidaten in den im laufenden und im nächsten Monat stattfindenden „Parteikonferenzen" erfolgen soll. Die Sozialdemokratie geht, wie man sieht, systematisch vor. Erhält sie auch hier und da nur wenige Stimmen, so gehen diese zusammengerechnet doch immer ein ganz artiges Sümmchen ab, das zu den berühmten „Anderthalb Millionen" gezählt, recht gut behufs Demonstration des unbotmäßigen Wachsthums der Partei verwerthet werden kann. Auf diese Weise wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die sozialdemokratischen Wählerstimmen sich wieder vermehren.

— Die bayerische Kammer der Abgeordneten berieth heute den Eisenbahnetat. Dabei fragte der Abg. Scheren (Soz.) an, wie man sich in bayrischen Regierungskreisen zu der zielbewußten preußischen Eisenbahnpolitik verhalte, welche darauf ausgehe, sich nach und nach alle deutschen Bahnen anzugliedern. Schon jetzt habe Preußen durch den Ankauf der Hessischen Ludwigsbahn einen Fuß nach Süddeutschland gesetzt. Weitere Bahnen würden folgen. — Minister Frhr. v. Crailsheim erwiderte, die Reichseisenbahnpolitik sei schon vor Jahren hier erörtert worden, und die bayrische Regierung habe damals ihren Standpunkt genau festgelegt. Wir denken nicht daran, so fuhr der Minister etwa fort, die bayerischen Eisenbahnen an Preußen oder an das Reich abzugeben. Es ist aber durchaus kein Anzeichen vorhanden, daß Preußen vorhätte, die bayrischen Eisenbahnen an sich zu ziehen. Aeußerungen dieser Art in der Presse beweisen noch nicht, daß derartige Absichten in Preußen wirklich vorhanden sind. Kein größerer politischer Fehler könne gemacht werden, als wenn die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten in Bezug auf das Eisenbahnwesen angetastet werde. (?) Hessen habe aus freier Entschließung jenen Schritt gethan und zwar aus finanziellen Gründen. Unsere Beziehungen zu den preußischen Eisenbahnen sind die denkbar freundlichsten.

* * *

Abgeordnetenhaus. Herr von Köller, der Präsident der vorigen Session, wird durch Zuruf wiedergewählt. Er lehnt jedoch die Wahl ab. Abg. Freiherr von Heereman spricht Herrn von Köller den Dank des Hauses aus. (Lauter, anhaltender Beifall.) Herauf wird Abg. von Kröcher zum Präsidenten des Hauses gewählt. Dann brachte Finanzminister von Miquel den Etat ein. In dem Etat sei die beschlossene Aufbesserung der Beamtengehälter vollzogen. Zu den Mehrausgaben der Staatsverwaltung hätten die Steuern nichts beigetragen, es könne daher von einer Ueberlastung der Steuerzahler keine Rede sein. Im Wesentlichen werden die steigenden Ausgaben durch die Betriebsverwaltungen gedeckt. Die Erhöhung der Lehrergehälter sei abgeschlossen; es bleibe nun die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen, die aber vielleicht in diesem Jahre nicht mehr vorgelegt, jedenfalls nicht mehr ausgeführt werden könne.

Herrenhaus. Der Gesetzentwurf, betr. das Anerbenrecht bei den Landgütern der Provinz Westfalen wird einer 15gliedrigen Commission überwiesen. Es folgt die Berathung des Antrages des Herzogs von Ratibor: „Das Herrenhaus wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich dem Landtage der Monarchie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um zur möglichsten Verhütung künftiger Hochwasserkatastrophen die dauernde Verbesserung der Hochwasserabflußverhältnisse einzelner besonders gefährlicher Privatflüsse der Provinz Schlesien und Brandenburg durch Regulierung der Flußläufe, Freilegung der Hochwasserflußprofile, Zurückhaltung von Hochwasser und Geschieben in den Quellgebieten und dergleichen herbeizuführen." Der Herzog von Ratibor begründet die Vorlage. Oberbürgermeister Büchtemann erklärt, zunächst müsse die Regulierung der Flüsse erfolgen, dann würde sicher der Provinzlandtag die Unterhaltungskosten übernehmen. Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein betont, von einer summarischen Behandlung der Frage der Verhütung von Hochwasserkatastrophen seitens des Staatsministeriums könne keine Rede sein. Man dürfe aber die technischen Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, nicht übersehen. Der Minister weist weiter darauf hin, welche Konsequenzen es haben würde, wenn die Regierung bezüglich der Flußregulirung in Schlesien durch Uebernahme sämmtlicher Kosten ein Präzedens schaffe. Die übrigen Landestheile würden dann das Gleiche für sich beanspruchen. Der Antrag wird schließlich einer Kommission überwiesen.

Die polnische Reichstags-Fraction hat beschlossen, gegen die Marinevorlage zu stimmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Prag, 12. Januar. Hier haben gestern, einen Tag nach der Aufhebung des Standrechts, die Gewaltthätigkeiten gegen Deutsche wieder begonnen. Als der deutsche Student Joseph Schuh, Mitglied der Burschenschaft „Arminia", mit Mütze und Band, begleitet von zwei Herren, durch die Wassergasse ging, folgten zehn bis zwölf gutgekleidete Czechen und verhöhnten und beschimpften ihn. Die Menge schwoll immer mehr an, in der Rosengasse waren es bereits 60 Menschen, von denen viele die Studenten mit Koth bewarfen. In der Stephansgasse schlug ein Verfolger dem Schuh die Mütze und das Augenglas herunter; dieser mußte mit seinen Begleitern in ein Haus flüchten, vor dem die Menge drohend und schreiend lange stehen blieb.

Italien. Palermo (Sizilien), 12. Januar. Die Erinnerungsfeier der Revolution von 1848 erreichte heute, nachdem gestern die Einweihung der Ausstellung von Erinnerungsgegenständen, die Enthüllung eines Denkmals patriotischer Schriftsteller und die Vorführung lebender Bilder aus der Zeit der sizilianischen Revolution stattgefunden hatte, ihren Höhepunkt. Ministerpräsident di Rudini war eigens zu diesem Tage hierher gekommen. Ein gewaltiger Zug bewegte sich zum Revolutionsplatze und zum Freiheitsplatze, um das Denkmal und eine Gedächtnißsäule einzuweihen. Die Menge war von Begeisterung hingerissen. Der Prinz und die Prinzessin von Neapel wurden mit Jubel begrüßt. König Humbert sandte dem Kronprinzen eine in herzlichstem Tone gehaltene Depesche, die folgenden Passus enthielt: „An dem Tage, an welchem das starke und edle Volk das Jubiläum des glücklichen und ruhmreichen Kampfes um seine Freiheit feiert, ist mein Herz glücklich, dich mit der theuren Helene in seiner Mitte zu wissen, um an seiner Freude und seinen Hoffnungen theilnehmen."

Frankreich. In zwei Tagen, also in überraschend kurzer Zeit, ist der Prozeß vor dem Pariser Kriegsgerichte gegen den Commandanten Walsin-Esterhazy durch den einstimmigen Freispruch desselben von der gegen ihn durch Mathieu Dreyfus erhobenen Anklage des Landesverrathes abgeschlossen worden. Diese Lösung der Affaire Dreyfus, wenn es eine Lösung ist, hat in Paris eine sehr getheilte Beurtheilung gefunden. Die Organe, welche den Standpunkt der Regierung und des Generalstabes vertreten, glauben, daß der Freispruch Esterhazy's die neuerliche Verurtheilung des Capitäns Dreyfus bedeute, und daß damit diese Angelegenheit definitiv erledigt sei. Die Journale, welche für Dreyfus eintreten, sind dagegen der Ansicht, daß die Ausschließung der Oeffentlichkeit noch immer eine gewisse Beklemmung zurückgelassen habe, daß die Campagne daher insolange nicht zu Ende sei, als das Werk der Wahrheit und Gerechtigkeit nicht zum Ziele geführt sein werde. Wenn man berücksichtigt, daß sich an die gestern zum Abschlusse gebrachte Gerichtsverhandlung eine ganze Serie von neuen Prozessen knüpfen dürfte, so scheint es, als wenn die letztere Annahme die wahrscheinlichere wäre. Vor Allem wird Major Esterhazy sich wegen der sogenannten „Ublanenbriefe" an Madame de Boulancy zu verantworten haben. General Pellieux hat in dieser Angelegenheit bereits die Vorerhebungen gepflogen. Auch gegen den Oberst Picquart, der durch seine Mittheilungen an Rathen Dreyfus den Anstoß zu der ganzen Sache gegeben hat, wird das Disciplinar-Verfahren eingeleitet werden. Diese Prozesse wird man aber nicht bei geschlossenen Thüren führen können, und da kann leicht durch eine einzige Indiscretion die ganze Dreyfus-Esterhazy-Affaire neuerdings auf die Tagesordnung gebracht werden. Man braucht daher die Hoffnung, daß die Wahrheit doch noch an den Tag kommen werde, wegen des gestrigen Spruches des Kriegsgerichtes noch nicht aufzugeben.

Türkei. Konstantinopel, 12. Januar. Die in der englischen Presse verbreiteten Athener Meldungen mit Anschuldigungen gegen die türkische Armee in Thessalien begegnen an competenter Stelle einer energischen Zurückweisung. So sind die Behauptungen, daß die thessalische Bevölkerung von den Türken ausgesaugt, geplündert, vergewaltigt werde, sowie daß das Kloster St. Johann Baptist von türkischen Soldaten überfallen und niedergebrannt worden wäre, absolut falsch. Zweifellos werden Steuer eingehoben, welche aber viel niedriger sind als jene, welche die Thessalier unter griechischer Herrschaft bezahlten.

Uruguai. Die Hauptstadt Uruguais, Montevideo, steht wieder am Vorabend einer Revolution. Der Präsident Juan Luis Cuenas hat sich zum Dictator aufgeworfen und einen Theil der National-Garde einberufen. Letztere ist 20,000 Mann stark, während die permanente Truppenmacht von Uruguai nur 3322 Mann zählt. Vor einiger Zeit trat Cuenas, obwohl halbseitig gelähmt, für die am 1. März stattfindende neue Präsidentenwahl als Bewerber auf und gerieth dadurch mit seinem früheren Freunde und Protektor Dr. Herrera in Zwiespalt, welcher ihm den greisen Senator Comensoro entgegenstellte. Als darauf am 28. November anläßlich einer Kundgebung für Cuenas der übliche Revolverspectakel losging, wo es Todte und Schwerverwundete gab, ließ der Präsident seinen Gegner Herrera mit einigen Anhängern verhaften und nach Buenos-Ayres einschiffen. Inzwischen hat Uruguai vor 4 Tagen ein neues Cabinet bekommen, welches der Präsident Cuenas mit der obigen Dictatur-Erklärung empfing. Der Bürgerkrieg wird jetzt von neuem losbrechen, und Herrera und seine Genossen werden gute Gelegenheit finden, ihn von Argentinien aus zu schüren.

Amerika. Nach Meldungen aus Oklahoma (Vereinigte Staaten, Indianerterritorium) ist eine Truppe der Seminoles-Indianer auf dem Kriegspfade. Sie haben bereits 32 Weiße getödtet. Ihre Erhebung wurde dadurch veranlaßt, daß zwei Seminoles-Indianer, die eines Verbrechens an einer weißen Frau beschuldigt waren, gelyncht wurden. Eine Truppe bewaffneter Bürger begiebt sich in die Gegend des Aufstandes.

Locales.

Gleiwitz, den 13. Januar 1898.

*** **Gleiwitzer Adreßbuch.** Das soeben zur Ausgabe gelangte, vom Maurermeister Hrn. Friedrich Krause hier redigirte „Neue Adreßbuch von Gleiwitz pro 1898/99" empfiehlt sich namentlich den Geschäfts-Inhabern, in bedeutend vortheilhafterer Form und Ausstattung als sein Vorgänger. Es bietet in gedrängter Kürze, aber mit peinlichster Sorgfalt zusammengestellt, Nachweise über sämmtliche Straßen der Stadt (einschließlich Petersdorf und Trynek) und des benachbarten Richtersdorf mit deren Anwohnern, nebst alphabetisch geordnetem Wohnungsanzeiger und Geschäftsnachweis für diese Orte, ferner Nachweise der Handlungs-Firmen, Behörden, Polizei-, Feuermelde- und sonstiger Reviere, Bank pp.-Geschäfte, Vereine, Innungen pp. und ihrer Vorstände und dürfte somit jedem Geschäftsmanne sich bald als ein unentbehrliches und täglich begehrtes Handbuch erweisen. Daß ein beträchtlicher Theil unserer Bewohnerschaft von dem Vortheile eines solchen Nachschlagewerkes überzeugt